

Haltlose und absurde Kritik

DFG-Präsident weist Vorwurf der Intransparenz zurück

(07.07.2011) Der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Professor Matthias Kleiner, hat die gegen die DFG erhobenen Vorwürfe der Intransparenz und der nicht nachvollziehbaren Finanzströme zurückgewiesen. Kleiner bezog sich auf eine Veranstaltung am 1. Juli unter dem Titel „Freie Wissenschaft vs. geheime Wissenschaftsförderung. Zur Reform der DFG“, zu der eine kleine Wissenschaftlergruppe eingeladen hatte und die in einer Reihe von Presseveröffentlichungen in dieser Woche ihren Niederschlag fand. „Die dort geäußerte Kritik ist haltlos und absurd. Jeder, der will, kann sich in vielen Quellen bis ins Detail informieren, was, wer und wie von der DFG gefördert wird“, sagte Kleiner auf der Jahrespressekonferenz der DFG am Donnerstag, dem 7. Juli, in Berlin.

Zu den Kritikpunkten im Einzelnen:

Es wird behauptet, das Gutachterwesen und die Förderpolitik der DFG seien intransparent und geheimbündlerisch.

Tatsächlich wird der Begutachtungs- und Entscheidungsprozess der DFG von Gremien wie den Fachkollegien oder den Senatsausschüssen für Sonderforschungsbereiche und Graduiertenkollegs gestaltet, deren Mitglieder allesamt aus der Wissenschaft heraus gewählt werden. Ihre Namen sind im Jahresbericht und auf der Homepage der DFG veröffentlicht. Ebenso sind die Namen der Mitglieder aller in Begutachtungen eingesetzten Prüfungsgruppen den Antragstellern bekannt. Die Hinweise der Gutachter werden den Antragstellern mitgeteilt. Auch in der Einzelförderung werden bei abgelehnten Anträgen die eingeholten Einzelgutachten den Antragstellern zur Kenntnis gegeben. Dies geschieht entsprechend internationaler Gepflogenheiten in anonymisierter Form, um die Unabhängigkeit der Gutachter zu schützen und deren unbestechliches Urteil zu gewährleisten. Die Entscheidungsempfehlungen der Fachkollegien werden in vollem Umfang mitgeteilt.

Es wird behauptet, die Finanzströme seien nicht nachvollziehbar und würden nicht dokumentiert.

Das Gegenteil ist der Fall: Im Jahresbericht der DFG mit seinem ausführlichen Haushaltsbericht, wird im Detail über die Finanzströme Rechenschaft abgelegt. Über das Projekt-Informationssystem „GEPRIS“, das jetzt überarbeitet und deutlich erweitert wurde, lassen sich im Detail einzelne Projekte mit ihrer Förderdauer und Förderungsart recherchieren.

Es wird behauptet, die DFG sei von der Politik als privatrechtlicher Verein eingerichtet worden, um politischen Einfluss auf die Wissenschaft zu ermöglichen.

Auch dies entbehrt jeder Grundlage und erscheint geradezu als eine Verschwörungstheorie. Gerade als privatrechtlicher Verein steht die DFG für die wissenschaftliche Selbstverwaltung und Autonomie gegenüber der Politik. Und die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sagen zu recht: „Wir sind die DFG.“ Die Politik ihrerseits respektiert seit der Neugründung der DFG vor 60 Jahren diese privatrechtliche Verfasstheit und drückt durch ihre jährlichen Zuwendungen ihr Vertrauen in die Forschungsförderung durch die DFG aus.

Auch auf der Jahresversammlung der DFG in dieser Woche in Bonn wurden die unhaltbaren und polemischen Vorwürfe von den Mitgliedern der DFG – Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen, Akademien und wissenschaftlichen Verbänden – mit Entschiedenheit zurückgewiesen.